

**Mette Eilstrup Sangiovanni:**

## **Why a Common Security and Defence Policy is Bad for Europe**

*Survival: The IISS Quarterly, Band 45, Nr. 4 (Winter 2003–2004), S. 193–206*

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zielt darauf ab, die militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union zu stärken und der Stimme Europas in globalen Angelegenheiten Gehör zu verschaffen. Sie durchlebte in den letzten Jahren eine enorme Entwicklung.

Laut Mette Eilstrup Sangiovanni ist ESVP-Optimismus trotz der Erfolge im Rahmen des Verfassungskonvents nicht angebracht. Die rezente Irak-Krise zeige, dass die ESVP – in Analogie zu dem Anderson-Märchen *Des Kaisers neue Kleider* – nicht nur „ohne Kleider“ ist, sondern zudem unter ernsthaften Blendungen leidet.

Zunächst zählt Sangiovanni jene fünf Gründe auf, die oft zur Unterstützung der ESVP hervorgebracht werden: *Erstens* stellt die ESVP eine Absicherung für den Fall eines potenziellen amerikanischen Rückzugs aus Europa dar. *Zweitens* ist die ESVP durch die Stärkung der europäischen Kapazitäten eine Antwort auf die amerikanische Forderung nach einer gerechteren europäisch-amerikanischen Lastenverteilung. Diese Stärkung soll die Europäer befähigen, jene Missionen auszuführen, die die USA nicht mehr als „vorrangig“ ansehen. *Drittens* soll die ESVP den Europäern helfen, sich zu emanzipieren und „Autonomie“ von der amerikanischen „Hypermacht“ zu erlangen. *Viertens* soll der Prozess der Schaffung einer ESVP der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mehr Kohärenz bringen und die EU enger zusammenführen. *Fünftens* dient die ESVP der Entwicklung eines stärkeren und effizienteren High-Tech-Industriesektors, der

Rationalisierung der Verteidigungsaufgaben und der Senkung der Ankaufkosten durch Kooperation in der Rüstungsproduktion.

Diese fünf Argumente entkräftet Sangiovanni in einem zweiten Schritt: *Erstens* können sich die Europäer eine umfassende ESVP, die dank ihrer militärischen Kapazitäten Washington Respekt einzuflößen vermag, nicht leisten. *Zweitens* ist in Anbetracht der politischen Trennlinien innerhalb der EU jede nennenswertere Investition in gemeinsame militärische Fähigkeiten eine Verschwendung. Wegen des mangelnden politischen Willens zur Gewaltanwendung würde auch eine militärisch fähige Union einer Krise wie im Kosovo weiterhin machtlos und ineffizient gegenüberstehen. *Drittens* ist die ESVP nicht dazu geeignet, die transatlantische Lastenverteilung gerechter zu gestalten, da sie mehr auf Duplizierung denn auf Interoperabilität mit den amerikanischen Truppen abzielt. *Viertens* führt eine Zentrierung auf die ESVP dazu, dass Europa seine Stärken, die vor allem im nicht-militärischen Krisenmanagement liegen, vernachlässigt. *Fünftens* bedroht die ESVP das Projekt einer „immer engeren Union“, da Unstimmigkeiten in der ESVP negative Rückwirkungen auf bereits konsolidierte Gemeinschaftsbereiche haben werden. Die Polarisierung in eine „Europäische Gruppe“ und eine Gruppe der „Transatlantiker“ hat nicht nur auf die transatlantischen, sondern auch auf die innereuropäischen Beziehungen einen zerstörenden Effekt. Sollten einige wenige Mitgliedsstaaten im Sonderweg EU-Institutionen verwenden können, um militärische Operationen auch gegen den Willen anderer Mitgliedsstaaten zu planen und zu führen, dann könnte dies die Union in zwei Lager sprengen und auch andere gemeinschaftliche Bereiche bedrohen.

Das Hauptproblem der ESVP ist laut Sangiovanni, dass sie ihren eigenen Zielsetzungen nicht gerecht wird: Europa kann weder die transatlantische Allianz ausbalancieren noch die transatlantische Lastenver-

teilung signifikant verbessern. Hingegen riskieren die Europäer den verfrühten Rückzug der USA aus Europa, noch bevor sie ein funktionierendes Verteidigungssubstitut entwickelt haben. Die ESVP unterminiert die Fähigkeit der EU zum nicht-militärischen Krisenmanagement.

Die Europäer sollten dagegen eher ihren komparativen Vorteil ausnützen, indem sie ihre zivilen Krisenmanagementfähigkeiten verbessern. Eine solche Arbeitsteilung sei ein weitaus realistischerer Ansatz als die Zentrierung auf die militärischen Muskeln der EU. Um die Kohäsion der EU zu stärken, sollte man jene Basis ausbauen, die alle Mitgliedsstaaten befürworten und unterstützen können.

In absehbarer Zeit bringt die ESVP nach Sangiovanni keinen größeren Nutzen für Europa. Hingegen können etwa eine gelungene Osterweiterung, die Erstellung einer Freihandelszone mit Russland und die Institutionenreform die Stärke und die innere Kohäsion der EU vergrößern.

Mit beträchtlicher Überzeugungskraft präsentiert Sangiovanni die angeblichen Stärken und potenziellen Schwächen der ESVP. Die Zeit wird zeigen, ob sich dieser ESVP-Pessimismus bewahrheiten, oder ob die ESVP zu einem reifen Akteur werden wird.

Über die destruktiven innereuropäischen Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Irak-Kriegs hinaus darf meines Erachtens nicht vergessen werden, dass sich die Europäer in den meisten Schlüsselbereichen einig sind – etwa bezüglich des Iran, des Nahost-Friedensprozesses, der Waffenkontrollverträge, der Zukunft des Balkans oder des Internationalen Strafgerichtshofes. Sollten es die Europäer schaffen, wieder eine Übereinstimmung bezüglich Gestalt und Charakter des transatlantischen Verhältnisses zu finden und eine gemeinsame EU-Außenpolitik zu betreiben, dann könnte die ESVP auf lange Sicht mehr vereinen als trennen.

**Caroline Stampfer**